

22.10.1985 38

3.

Rede des Genossen M. S. Gorbatschow

Liebe Genossen!

Bereits zweimal in diesem Jahr - in Moskau und in Warschau - hatten wir die Möglichkeit, auf kollektiver Grundlage die Situation zu erörtern, die sich in der internationalen Arena herausgebildet hat. Das Leben bestätigt die Richtigkeit der Einschätzungen und Schlußfolgerungen, die auf diesen Begegnungen gezogen worden waren. Sie sind auch heute gültig.

Die Menschheit befindet sich tatsächlich in einer Etappe, die einen Umbruch in der internationalen Entwicklung bedeutet. Entweder wird das Wettrüsten eingestellt und es kommt zur Minderung der Kriegsgefahr, zur Gesundung des gesamten politischen Klimas, oder umgekehrt, die Oberhand gewinnen diejenigen Kräfte in der Welt, die hartnäckig die Spannungen weiter anheizen, das Wettrüsten beschleunigen, die Menschheit an den Rand des nuklearen Infernos drängen.

Ohne die Lage zu dramatisieren, muß doch festgestellt werden, daß die Situation in der Welt weiterhin angespannt und in bestimmten Aspekten auch explosiv ist.

Recht verbreitet ist heute die Meinung, die Situation in der Welt wende sich zum Besseren und es sei alles in Ordnung. Dabei spricht man von einer bemerkbaren Belebung des politischen Dialogs zwischen West und Ost. In gewissem Maße ist das richtig. Aber nur in gewissem Maße. Veränderungen liegen auf der Hand, und sie sind erzielt worden durch die Anstrengungen der sozialistischen Gemeinschaft zur Unterstützung derjenigen Kräfte und Länder, die dem aggressiven Kurs der imperialistischen Mächte nicht beipflichten.

In der Hauptrichtung, wo sich heute in vielem die Frage von Krieg und Frieden entscheidet, das heißt in der Sache der Abrüstung, gab es keinerlei gravierende Veränderungen. Die materielle Kriegsvorbereitung wird fortgesetzt, und zwar in zunehmendem Tempo. Die USA verwirklichen beharrlich ihr großangelegtes Programm der Weltraumrüstungen, forcieren die Entwicklung und Produktion immer neuer Waffenarten. Das Militärpotential nicht nur der USA, sondern auch der anderen NATO-Staaten nimmt zu. In Westeuropa wird die Stationierung amerikanischer Erstschlagsraketen fortgesetzt.

Die Kriegsgefahr hängt aber nicht nur mit dem Tempo der Aufrüstung zusammen. Besondere Besorgnis ruft der Umstand hervor, daß auf der Basis des Wettrüstens die abenteuerlichen strategischen Zielsetzungen der USA und ihrer Hauptverbündeten vorangetrieben werden. Man geht davon aus, daß die Erzielung des militärischen Übergewichts die Möglichkeit für eine soziale Revanche schafft, das heißt, durch Krieg oder militärische Erpressung den Sozialismus zu vernichten. Mit der Verschärfung der Spannungen hofft man auch darauf, daß es gelingt, den Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung im kapitalistischen System selbst zu bremsen, den Prozeß fortschrittlicher und demokratischer Veränderungen in den Staaten des ehemaligen Kolonialimperiums zu stoppen und ihnen die Rolle eines Rohstofflieferanten für den Imperialismus auch für die Zukunft zuzuteilen.

Eben das hatte Reagan bei seiner Rede im britischen Parlament im Sinn, als er den "antikommunistischen Kreuzzug" verkündete. Eben auf diese Absichten ist auch die Besessenheit zurückzuführen, mit der die USA das Wettrüsten verstärken, die Verhandlungen über Abrüstung sabotieren und den Kurs auf die forcierte Militarisierung des Weltraums fortsetzen. Diese Pläne sind die Erklärung für Provokationen, Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Kubas, Nikaraguas und Libanons, Afghanistans und Kampuchreas, Angolas und Ethiopiens, die Schaffung von Militärstützpunkten in aller Welt, insbesondere in denjenigen Regionen, die die USA als Sphäre ihrer Lebensinteressen betrachten.

Es ist gut bekannt, daß die Rüstungsindustrie einen bedeutenden Platz in der Wirtschaft der USA einnimmt. Im Grunde genommen hängen mit den Rüstungsausgaben die Hoffnungen der reaktionärsten militaristischen Kräfte auf weitere Höchstprofite des Militär-Industrie-Komplexes, auf die Durchsetzung der politischen Vorherrschaftsansprüche in der Welt zusammen. Die Reagan-Administration als Kreatur des Militär-Industrie-Komplexes füttert den Moloch des Krieges mit unvorstellbaren Geldsummen, diesmal für Weltraumwaffen. So sieht, wie wir meinen, der Beweggrund der ganzen Idee vom "Krieg der Sterne" aus.

Man muß wohl auch auf einen anderen Faktor hinweisen, der die beschleunigte Militarisierung der USA bewirkte. Etwa an der Schwelle der 70er/80er Jahre entstanden in den höchsten Machtkreisen dieses Landes die Absichten und Hoffnungen, ein gewisses Übergewicht in der Technik und Technologie sowie in der wirtschaftlichen Leistungskraft gegen den Sozialismus auszunutzen. Eine bestimmte Rolle haben auch die voreiligen Schlußfolgerungen Washingtons gespielt, die mit Schwierigkeiten in der ökonomischen Entwicklung unserer Länder zusammenhängen und die als organischer Fehler des Sozialismus interpretiert wurden. Daraus wurde der Schluß gezogen, daß es notwendig sei, einen noch größeren Druck auf unsere Länder auszuüben.

So sieht die reale Lage aus, das sind die Grundfaktoren, die die Politik Washingtons bestimmen. All das verlangt nach verantwortungsvollen Entscheidungen. Wir müssen nochmals und nochmals die Situation in Europa und in der Welt analysieren und uns beraten, wie wir weiter vorgehen wollen.

Im Grunde genommen ist unsere Gemeinschaft die einzige Kraft, die über die materiellen Möglichkeiten verfügt, einen Kernwaffenkrieg zu verhindern. Es gibt heute keine andere Kraft, die imstande wäre, das Abgleiten zum Krieg aufzuhalten, es gibt keine andere Kraft, die imstande wäre, den Lauf der Geschehnisse in die Richtung der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und des normalen Gangs der Dinge zu lenken. Hier kommt uns das entscheidende Wort zu. Unsere Gemeinschaft hat viel getan, um

den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten, das nukleare Inferno zu verhindern. Die Kompliziertheit der heutigen Situation bedingt die Notwendigkeit der Suche nach neuen Schritten, nach neuen Wegen, die zur Einstellung des Wettrüstens führen. Und solche Schritte unternimmt die Sowjetunion, solche Wege schlägt sie vor.

Die Sowjetunion verpflichtete sich, nicht als erste Waffen in den Weltraum zu bringen. Wir haben einseitig ein Moratorium für die Durchführung von Kernexplosionen, für die Stationierung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in der europäischen Zone verkündet. Mehr noch, wir reduzierten die Zahl unserer Raketen.

Ich muß sagen, daß diese Entscheidungen weder in politischer noch in militärischer Hinsicht einfach waren. Wir haben alle "Pro" und "Kontra" allseitig abgewogen. Die sowjetische Führung ging von ihrer konsequenten und grundsätzlichen Position aus, der das aufrichtige Bestreben zugrunde liegt, nach Möglichkeiten für eine grundlegende Minderung der nuklearen Bedrohung zu suchen. Wir berücksichtigten die Realitäten des heutigen Tages in Europa und in der Welt, die Meinung unserer Freunde und Verbündeten, die Positionen der Regierungen und der gesellschaftlichen Kreise einiger westeuropäischer Länder, ihre beharrlichen Appelle an die sowjetische Regierung, einen Impuls für die Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit zu geben.

Durch gemeinsame Anstrengungen ist es uns gelungen, auf der Stockholmer Konferenz solche Fragen zu stellen, wie Gewaltverzicht, Schaffung der kernwaffenfreien Zonen, Beseitigung der chemischen Waffen in Europa und Schaffung von Korridoren, wo solche Waffen nicht stationiert würden.

Was haben wir durch all dies erreicht? Vor allem, und das ist das Wichtigste, haben die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, indem sie individuell und kollektiv handelten, in einer komplizierten Situation, in der der Imperialismus hartnäckig versucht, die Spannungen weiter zu schüren und das Wettrüsten zu beschleunigen, ein Komplexprogramm von Maßnahmen vorgelegt,

deren Verwirklichung es ermöglicht, einen Umschwung in den internationalen Beziehungen herbeizuführen, sie auf den Weg der Entspannung zurückzuführen.

Sie erinnern sich daran, wie die zwei ersten Runden der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf verlaufen sind. Sie zeigten, daß die USA weder an die Verhinderung des Wett-rüstens im Weltraum noch an seine Einstellung auf der Erde ernsthaft gedacht haben. Die Verhandlungen wurden als künstlicher Nebel für die Handlungen der USA ausgenutzt, die auf die Erzielung der militärischen Überlegenheit gerichtet sind. Gleichzeitig wurde der Öffentlichkeit der Gedanke suggeriert, die Verantwortung dafür, daß die Verhandlungen in der Sackgasse sind, trage die Sowjetunion oder werde schlimmstenfalls gleichermaßen unter den beiden "Supermächten" geteilt.

Jetzt legen wir einen Komplex neuer Initiativen vor, die praktisch alle Fragen der Abrüstung berücksichtigen. Wir erklärten, daß wir bereit sind, die Kernrüstungen der UdSSR und der USA, die das Territorium unserer beiden Staaten erreichen, im Falle des Verbots der Entwicklung von kosmischen Angriffswaffen um 50 Prozent zu reduzieren. Das ist eine reale praktische Formel der Verhinderung des Wett-rüstens im Weltraum und der wirklich radikalen Reduzierung der nuklearen Rüstungen auf der Erde.

Die Sowjetunion schlägt vor, die Lösung der Frage über die Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa vom Problem der kosmischen und strategischen Rüstungen zu trennen. Das ist unser bestimmtes Zugeständnis, um das Niveau der militärischen Konfrontation in Europa herabzusetzen. In der entstandenen Situation haben wir, wie Sie wissen, auch

direkte Gespräche über die entsprechenden Rüstungen mit Frankreich und Großbritannien vorgeschlagen. Man darf diese Länder nicht unberücksichtigt lassen. Denn bereits heute sind es 500 Kernladungen, und man hat vor, ihre Zahl in einigen Jahren zu verdoppeln.

Die Bekanntmachung unserer Vorschläge hilft, alles gebührend zu ordnen. Für diejenigen, die sich sozusagen ehrlich geirrt haben, entblößt sich völlig der frappante Kontrast zwischen den Positionen der Sowjetunion und der USA. Diejenigen aber, die die wahre Sachlage absichtlich verfälschen, sind vor die Notwendigkeit gestellt, entweder sich endgültig zu entlarven oder letzten Endes an die Suche nach gegenseitig annehmbaren Vereinbarungen heranzugehen.

Nach allem zu schließen, haben unsere Vorschläge die Amerikaner überrascht und in eine bestimmte Verwirrung gebracht. Sie hörten sogar auf, ihre angeblich "weitgehenden Vorschläge" zu verkünden. Unsere Handlungen und Vorschläge sind so konkret, daß sie einer deutlichen und klaren Antwort bedürfen: Ja oder Nein. Und keine Ausflüchte oder Ausreden können hier helfen.

Doch betrachten wir, was im Lager der Gegner der Abrüstung, der Entspannung und der Entwicklung der Zusammen-

arbeit geschieht. Die amerikanische Administration versucht, die Anziehungskraft unserer Vorschläge zu schwächen, sie in Teile zu zerreißen, den Gedanken zu suggerieren, sie trügen einen unausgewogenen Charakter und öffneten keinen Weg für Vereinbarungen. Es wird zum Beispiel erklärt, der ABM-Vertrag erlaube angeblich die Entwicklung kosmischer Waffen, und die Vorschläge um die 50prozentige Reduzierung strategischer Kräfte von beiden Seiten seien nur für die Sowjetunion von Nutzen. Vom Standpunkt der Kriegshetzer und der Anhänger des Wettrüstens aus ist dem wahrscheinlich so, aber mit dem gesunden Menschenverstand können derartige Behauptungen keinesfalls in Einklang gebracht werden. Im großen und ganzen müssen sich die Amerikaner herauswinden.

Washington mangelt es offenkundig an dem ernstesten Wunsch, wirklich bedeutende Fragen zu lösen. Nach allem zu urteilen, rechnete es damit, einen propagandistischen Effekt vom Genfer Gipfeltreffen selbst zu erzielen, ohne irgendwelche Korrekturen seiner Positionen hinsichtlich des Wesens der Hauptprobleme, die die ganze Welt bewegen, vorzunehmen. Stattdessen versucht man, nur einige Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu regeln, die keine erstrangige Bedeutung haben. Man redet auch über die Zusammenstellung irgendeiner "Tagesordnung" für die Zukunft.

Wir haben uns entschieden den Versuchen widersetzt, im Voraus den Inhalt der Begegnung fruchtlos zu machen, und die Amerikaner in die Behandlung eines breiten Kreises von Fragen verwickelt. Es wird die Möglichkeit der Annahme eines gemeinsamen Dokuments zu Ergebnissen der Begegnung überlegt, das heißt die Möglichkeit, zur Praxis der 70er Jahre zurückzukehren, von der die Westmächte in der letzten Zeit auf jede Weise loszukommen versuchen.

Wir haben die Führungen der Bruderländer über die wichtigsten Stadien der Vorbereitung der Begegnung in Genf informiert. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwierig, Prognosen über deren

möglichen Ausgang anzustellen. Wir unsererseits unternehmen alles Notwendige, um das Potential der neuen Vorschläge und Initiativen maximal auszunutzen, das ihnen zugrunde liegende Bestreben zu erklären, alles von uns Abhängige zu tun, um die gefährliche Entwicklung der Situation einzustellen.

Von hier aus, aus Sofia, fliegt unser Minister für Auswärtige Angelegenheiten nach New York, wo sein Treffen mit Shultz stattfinden wird. Anfang November kommt Shultz vielleicht nach Moskau. Kurz gesagt, auch vor der Begegnung mit Reagan und auf der Begegnung selbst werden wir alles tun, damit sie resultatativ verläuft.

Gleichzeitig hegen wir keine Illusionen, daß wir in Genf einem neuen Reagan begegnen könnten, daß er auf Vereinbarungen ernsthafter und genügend konkreter Natur eingeht. Es entsteht die Frage: Was tun, wenn Washington auch diesmal versucht, die Zügelung des Wettrüstens zu blockieren. Selbstverständlich stellen wir den politischen und diplomatischen Kampf nicht ein. Er muß noch aktiver geführt werden. Dann werden wir uns aber die Situation mit unseren Verteidigungsprogrammen und unser Herangehen an die Verhandlungen neu überlegen müssen.

Ihren guten Willen hat die Sowjetunion bereits an den Tag gelegt, sie hat ihn breit und überzeugend zum Ausdruck gebracht, ohne auch vor einseitigen Maßnahmen haltzumachen. Aber auf unsere Sicherheit, die Sicherheit der gesamten Gemeinschaft verzichten, das können wir natürlich nicht. Und sollten die Amerikaner nach wie vor so hartnäckig ihre militaristische Linie durchsetzen, müßte man dann alles tun, was in unseren Kräften steht, um der Welt zu zeigen, wer die Verantwortung für die neue Runde des höchstgefährlichen Wettrüstens trägt und wer bestrebt ist, es einzustellen.

Die regierenden Kreise der USA und der Imperialismus im ganzen können die militärstrategische Parität zwischen der UdSSR und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO, die Unvermeidlichkeit der Vergeltung nicht ignorieren. Den Amerikanern ist es nicht gelungen, das Kräfteverhältnis zu zerstören, und wir alle zusammen werden uns darum bemühen, daß es niemals geschieht. Eine derartige Situation aber betrachten wir für uns nicht als ideal. Bei Aufrechterhaltung der Parität müssen wir den Imperialismus zu konkreten Schritten auf dem Gebiet der Abrüstung, zur Normalisierung der Weltlage zwingen. Reserven dafür, wie wir es verstehen, gibt es, und die sind nicht klein.

Der militaristische Kurs der USA ruft eine zunehmende Besorgnis in Westeuropa hervor. Es ist doch Tatsache, daß trotz des offenen Druckes Washingtons, trotz der Versprechungen und Schmeicheleien einige seiner Verbündeten es für besser erachteten, sich von den amerikanischen "Krieg der Sterne"-Plänen abzugrenzen. Es ist doch Tatsache, daß auch die anderen es nicht riskieren, sich bedingungslos mit ihnen zu solidarisieren. Unter diesen Bedingungen nimmt die Bedeutung einer aktiven koordinierten Politik unserer Gemeinschaft in der westeuropäischen Richtung zu.

Der wichtigste Hebel ist hier der Kampf um die Herabsetzung des Niveaus der militärischen Konfrontation vor allem auf dem nuklearen Gebiet. Man kann nicht umhin, Anzeichen eines ausgewogeneren und konstruktiveren Herangehens der Westeuropäer an die Situation zu bemerken, die sich auf dem Kontinent und in der Welt herausbildet. Konkrete Anzeichen dafür gibt es in der Politik vieler westeuropäischer Länder.

Wir haben Sie über die Ergebnisse der Verhandlungen mit Mitterrand ausführlich informiert. Unsererseits wurde betont - sowohl in internen Gesprächen als auch öffentlich -, daß

wir nicht vorhaben, Westeuropa von den USA zu entfernen. Die Frage steht anders: Ob die westeuropäischen Länder imstande sind, ihren Beitrag zur Gesundung der Lage zu leisten, indem sie Verbündete der USA bleiben, aber dabei positiv auf sie einwirken. Ich möchte darauf hinweisen, daß in persönlichen Gesprächen der Präsident Frankreichs bestrebt war, seine Offenherzigkeit zu demonstrieren, sogar seine Vertraulichkeit, indem er sein skeptisches Verhalten gegenüber der amerikanischen Politik und Reagan betonte.

Der Besuch wurde von uns so angelegt, daß seine Wirkung über den Rahmen der sowjetisch-französischen Beziehungen hinausgeht. Die Bekanntmachung unserer Initiativen, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Mittel mittlerer Reichweite, wurde sozusagen zur Zugnummer des Programms und rief allgemeine Aufmerksamkeit hervor.

Der nüchtern denkende Teil der regierenden Kreise Westeuropas, die friedliebende Öffentlichkeit erhielten eine reale Unterstützung. Ein ernster Schlag ist einem der gefährlichsten Klischees versetzt worden - der Lüge von der "sowjetischen militärischen Bedrohung". Nun ist es wichtig, das Erreichte zu festigen, die Aktivität auch in anderen Richtungen des Kampfes um die Minderung der Kriegsgefahr in Europa - für die Beseitigung chemischer Waffen, für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen, für die Herbeiführung der Vereinbarungen zu vertrauensbildenden Maßnahmen auf der Stockholmer Konferenz - zu verstärken.

Für alle unsere Länder ist der politische Kurs einer solchen großen europäischen Macht wie der BRD von nicht geringer Bedeutung. Die Zeit hat die Richtigkeit unserer gemeinsamen Linie in bezug auf die Koalition gezeigt, die jetzt in Bonn an der Macht ist und die unverhüllt proamerikanische Positionen einnimmt. Wir haben es gemeinsam den christlichen Demokraten nicht gestattet, dem Fundament der Beziehungen der sozialistischen Länder zur BRD Schaden zuzufügen, wir haben den Versuchen

eine Abfuhr erteilt, die Unverletzlichkeit der territorialen und politischen Nachkriegsordnung in Europa in Frage zu stellen.

Wir haben Sie vor kurzem über Kohls Schreiben informiert, in welchem das Interesse der regierenden Koalition an der Entwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zum Ausdruck gebracht wird. In unserer Antwort haben wir zu verstehen gegeben, daß, wenn sich Bonn in diese Richtung bewegen will - und das ist offenbar für die politische Behauptung der BRD als einer europäischen Macht nötig -, so muß es darauf verzichten, revanchistische Ansprüche gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern zu erheben, den Amerikanern in Abrüstungsfragen blind zu folgen, und daß es den Interessen seiner Nachbarn mehr Rechnung tragen muß.

Diese Linie sollte man, wie es scheint, auch künftig durchführen und gleichzeitig die Arbeit mit jenen Kräften in der BRD, vor allem mit den Sozialdemokraten, aktivieren, die das Interesse für Dialog und Vereinbarungen mit den sozialistischen Staaten an den Tag legen.

Die sowjetische Führung schätzt die Bemühungen der Freunde hoch ein, die gegen die Handlungen feindlicher Kreise, auf die Herbeiführung einer Wende in der Stimmung in westeuropäischen Kreisen zugunsten der Entspannung gerichtet sind. Man sollte gemeinsam darüber nachdenken, wie die Wirksamkeit unserer Kontakte mit den Ländern Westeuropas erhöht, wie auf der Stockholmer Konferenz die Sache weiter vorangebracht, wie man sich zum gesamteuropäischen Treffen in Wien im nächsten Jahr besser vorbereiten kann und wie in der internationalen Arena im ganzen einmütiger gehandelt werden sollte.

Wir haben den Dialog mit dem "Gemeinsamen Markt" angefangen, aber er entwickelt sich vorläufig unverkennbar langsam. Hier sollten wir alle aktiver und natürlich abgestimmt handeln. Die politische Bedeutung dieser Richtung ist verständlich: Zum ersten Mal eröffnet sich eine Perspektive, den Dialog

mit der führenden Gruppierung von westeuropäischen Staaten ohne Beteiligung der USA in Gang zu bringen.

Ein wichtiges Element der internationalen Lage sehen wir auch darin, daß sich die Aktivität der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Imperialismus, gegen die von ihm ausgehende Kriegsgefahr erhöht. Einer der Beweise dafür sind die Beschlüsse der letzten Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Luanda. Eine besondere Aufmerksamkeit verdienen die Staaten der sozialistischen Orientierung. Und es geht nicht nur um diese Länder selbst. Das Problem ist tiefgreifender. Die Erfolge solcher Staaten werden als Bestätigung für die Richtigkeit des sozialistischen Weges gewertet, und Mißerfolge werden aktiv für die Diskreditierung dieses Weges benutzt. Auch unsere Gegner verstehen das ausgezeichnet, deshalb sind sie auch bestrebt, mit allen Mitteln die Situation in diesen Ländern und um sie zu erschweren.

Wenn man das Gespräch über Reserven auf außenpolitischem Gebiet fortsetzt, deren Aktivierung die entstandene Lage zu verbessern helfen würde, so muß man auch von der antinuklearen und Antikriegsbewegung sprechen. Der Aufschwung ihrer Aktivitäten ist in den letzten Monaten schwächer geworden. Hier haben sich nicht nur konzentrierte Anstrengungen der westlichen Propaganda und Repressalien von Behörden ausgewirkt. Es gibt auch einen solchen objektiven Grund wie die Wiederaufnahme von Verhandlungen, die an und für sich die Menschen optimistisch stimmt. Wir müssen die Teilnehmer des Kampfes gegen den Krieg unterstützen, die Situation real einzuschätzen und all ihre Seiten sehen. Schöne Reden und beste Verhandlungen können praktische Schritte nicht ersetzen. Gerade dafür muß man heute den Kampf entfalten.

Schließlich, auch in der amerikanischen Führungsschicht selbst geht ein Prozeß der Ernüchterung vor sich, wenn auch langsam. Der Rummel um die Losung vom "großen Amerika" scheint leiser geworden zu sein. Das Eintreten einiger namhafter Politiker - Demokraten und Republikaner - für Vereinbarungen mit der UdSSR auf dem Gebiet der Abrüstung zeugt davon, daß in den regieren-

den Kreisen der Widerstand gegen den Kurs der Ultrarechten wächst.

Soweit unsererseits einige Überlegungen zu Hauptfragen der außenpolitischen Linie.

Genossen! Wir haben vereinbart, heute auch Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erörtern, die erstrangige politische Bedeutung gewonnen haben.

Es geht vor allem um unsere Einschätzung der sogenannten "strategischen Verteidigungsinitiative" Reagans. Ihr militärischer Charakter liegt auf der Hand.

Aber die mit SDI verknüpften Absichten sind umfangreicher und tiefgehender. Es geht um den Versuch, eine ständige technologische Überlegenheit des Westens über die sozialistische Gemeinschaft zu sichern, übrigens nicht nur über sie, sondern auch über die eigenen Verbündeten.

Die Logik unserer Position ist folgend. Wir sehen klar die gefährlichen militärisch-politischen Folgen von SDI und werden natürlich Maßnahmen zu deren Neutralisierung treffen. Wir werden versuchen, dies durch Verhandlungen zu erreichen, wobei wir uns auf Gegner der Idee vom "Krieg der Sterne" im Westen, darunter auch in den Vereinigten Staaten selbst, stützen.

Fakt ist, daß die Amerikaner wichtige Komponenten kosmischer Angriffswaffen bereits testen. Sie wollen offensichtlich den Militär-Industrie-Komplex so fest einbinden, so daß es keine Administration mehr wagt, etwas rückgängig zu machen. Wenn das so erfolgt, werden wir unsere militärisch-technologischen Entscheidungen entsprechend treffen müssen, obwohl wir das nur im äußersten Fall tun werden.

Mit "Eureka" ist noch nicht alles klar. Das Projekt ist im Entstehen. Sein erklärtes Ziel ist die Überwindung der technologischen Rückständigkeit Westeuropas gegenüber den USA

und Japan. In vielem ist es offensichtlich auch so. Es gibt kaum einen Zweifel, daß "Eureka" entsprechend der Gesamtlinie des Westens von einem "vorprogrammierten technologischen Rückstand" der sozialistischen Gemeinschaft ausgeht. Noch mehr, die Ergebnisse einer Reihe Eureka-Projekte könnten auch militärisch genutzt werden. Bereits jetzt sind die Konzerne der Rüstungsindustrie bestrebt, sowohl mit SDI als auch mit "Eureka" Profite zu machen. Eine wirkliche Absicht, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern im Rahmen von "Eureka" in Gang zu bringen, ist vorläufig nicht zu erkennen. Im Gegenteil, die vorhandenen Informationen bestätigen den geschlossenen Charakter seiner Hauptkomponenten.

Was soll unter solchen Bedingungen unserer Ansicht nach die Position der sozialistischen Staaten sein?

Die Menschheit hat einen Punkt erreicht, wo das Erfordernis nach gemeinsamer Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts immer dringender wird. Es wäre falsch, die daraus entstehenden möglichen gefährlichen Folgen für die weitere Entwicklung der Zivilisation zu ignorieren. Wir sind prinzipielle Gegner eines "technologischen Krieges" und treten für konkrete Zusammenarbeit in diesem Bereich ein. Diese Position hat im vorbereiteten Entwurf der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses sowie im Entwurf des RGW-Komplexprogramms ihre Widerspiegelung gefunden.

Aber wir können nicht umhin zu sehen, daß die imperialistischen Staaten eigene wissenschaftlich-technische Programme schaffen, die in vielem den Aufgaben des Kampfes gegen die sozialistische Gemeinschaft untergeordnet sind. Daraus ergibt sich auch unsere Antwort - eine maximal schnelle Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Integration. Wir müssen diese Fragen effektiver als die Kapitalisten lösen.

Die Idee eines Komplexprogramms des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsstaaten des RGW bis zum

Jahr 2000 wurde längst vor der Verkündung von "Eureka" geboren und hat durch den Beschluß der Wirtschaftsberatung im Juni 1984 Gestalt angenommen. Leider hat sich die Sache hingezogen. Inzwischen hat die Frage politische Schärfe gewonnen und erfordert unaufschiebbare Entscheidungen.

Durch unser Schreiben sind Sie schon mit dem Inhalt konkreter Vorschläge zu dieser Frage vertraut. Sowohl innere Erfordernisse als auch außenpolitische Gründe zwingen, die Arbeit am Komplexprogramm zu beschleunigen. Wir halten es für notwendig, bereits zu Beginn des neuen Fünfjahrplanes die Zusammenarbeit zur Schaffung und Anwendung prinzipiell neuer Formen von Technik und Technologien voranzubringen.

Eine andere Alternative gibt es nicht. Wenn unsere Länder mit der eigenen Integration zögern und hauptsächlich auf Kooperation mit dem Westen setzen, dann werden sie letztendlich im besten Fall auf wissenschaftlich-technischem Gebiet einen Rückstand von 7 - 10 und mehr Jahren erreichen. Ein solcher Rückstand würde nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen Folgen bezahlt. Er würde sich auf die Entwicklung der einzelnen Länder und für die Sache des Sozialismus insgesamt ungünstig auswirken.

Uns scheint, daß eine internationale technologische Zusammenarbeit planmäßig und gemeinsam in Angriff genommen werden sollte. Man kann nicht ausschließen, daß sich auch eine perspektivische Zusammenarbeit mit "Eureka" ergeben kann. Wir haben für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Produktion etwas anzubieten.

Mit Mitterrand habe ich schon über die Zusammenarbeit am "Tokomak"-Projekt einen Meinungsaustausch geführt. Es sollte auch über eine neue Initiative im Rahmen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachgedacht werden. Unter den Bedingungen, daß der Westen und der Osten Europas bereits an eigenen technologischen Programmen arbeiten, wäre es im Interesse ganz Europas, diese nicht gegeneinander aufzustellen, sondern nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Anstrengungen zu vereinen. Eine solche Politik würde in vollem Maße den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki entsprechen, wo die Gebiete der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit aufgezählt werden.

Verehrte Genossen! Der Warschauer Vertrag gibt uns, nach allgemeiner Ansicht, gute Möglichkeiten, unsere Außenpolitik abzustimmen. Es sollten keine Mühen gescheut werden, den Mechanismus der politischen Tätigkeit zu verbessern.

Wir schätzen die konkreten Vorschläge, die auf Arbeitsebene erarbeitet, vom Komitee der Außenminister bestätigt und zur Erörterung auf unserer Beratung unterbreitet wurden, positiv ein. Nach unserer Meinung sollten sie bestätigt werden.

Ich möchte noch etwas ergänzen. Vor allem hinsichtlich der Regelmäßigkeit der Durchführung von Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses. Es scheint bereits gemeinsame Auffassung zu sein, diese Tagungen nicht weniger als einmal im Jahr, sagen wir, irgendwann im Frühjahr, einzuberufen.

Wir sind bestrebt, unsere Freunde sowohl über große außenpolitische Aktionen als auch über Ergebnisse der einen oder der anderen Maßnahmen rechtzeitig zu informieren. Uns scheint zugleich die Idee nützlich zu sein, im Rahmen des Warschauer Vertrages eine Arbeitsgruppe für laufende gegenseitige Information zu bilden. Wenn unsere Freunde damit einverstanden sind, würden wir vorschlagen, daß eine solche Gruppe in Moskau arbeitet. Von unserer Seite würde in ihr ein stellvertretender Außenminister vertreten sein. Man könnte sich darüber auf der nächsten Tagung des Komitees der Außenminister verständigen.

Ich möchte noch eine Frage berühren, die heute Gegenstand aktiver politischer Spekulationen ist. Ich meine das Thema der Menschenrechte. Völlig ungerechtfertigt wird es dem Gegner überlassen. Bei uns entsteht irgendein Reflex des "Sich-Zusammenziehens". Und es geht nicht nur darum, daß man auf Versuche operativ reagieren soll, unsere Lebensweise zu verfälschen. Nicht weniger wichtig ist es, "Schwachpunkte" des Westens zu enthüllen, und das Wichtigste - unser prinzipielles Herangehen an diese Frage zu demonstrieren.

Der Schutz der Menschenrechte, deren praktische Umsetzung sind organische Funktion der sozialistischen Gesellschaftsordnung, unserer Politik und Ideologie. Bereits K. Marx und F. Engels haben im "Kommunistischen Manifest" erklärt, daß "die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung von allen ist". In unseren Gesellschaften gibt es keine Scheinrechte, sie alle sind Wirklichkeit. Und umgekehrt, dem Kapitalismus sind die Menschenrechte fremd, er haßt sie, und sie sind für ihn gefährlich.

Wir müssen die Spitze dieses Problems in westliche Richtung umdrehen, und wir haben dazu alle Möglichkeiten. Diese Frage könnte auf der bevorstehenden Beratung der ZK-Sekretäre für ideologische Fragen erörtert werden. Unsere Außenministerien sollten sich mit ihr auch ausgiebiger beschäftigen. Man muß unseren Positionen einen offensiven Charakter verleihen. Das Banner der Menschenrechte muß man fest in die eigenen Hände nehmen und hochhalten.

Jetzt zum Schlußdokument unserer Tagung. In ihm wurden unsere gemeinsamen Absichten festgehalten und eine Analyse der Lage in Europa und in der Welt gegeben. Bekräftigt wurden Friedensinitiativen, die früher unterbreitet wurden, und es wurden neue, durch den Gang der Ereignisse diktierte, unterbreitet. Es ist ein abgestimmtes Dokument, und wir sind bereit, es zu unterzeichnen.

Die sowjetische Delegation bringt ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß wir zur heutigen Tagung am Vorabend des sowjetisch-amerikanischen Treffens auf höchster Ebene zusammengekommen sind. Nachdem wir mit den führenden Persönlichkeiten der Bruderländer einen Meinungs-austausch durchgeführt und ihre Unterstützung erhalten haben, werden wir auch das Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten im Namen der ganzen sozialistischen Gemeinschaft führen. Und das Gespräch, ich wiederhole, wird nicht leicht sein.

Genossen! Das wirksamste Mittel, die sicherste Waffe, die es gestattet, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfolgreich zu lösen, aggressive Bestrebungen des Imperialismus zu zügeln, ist und bleibt immer unsere Einheit und Geschlossenheit, die Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen und sozialistischen Internationalismus. Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß es auch künftig so sein wird, denn die Einheit ist unser unschätzbare Gemeingut.

Abschließend möchte ich den bulgarischen Genossen für die hervorragende Organisation der Arbeit, für ihre Freundlichkeit und Gastfreundschaft herzlich danken.